

Gedanken zur Verjährung von DSGVO- Schaden(s)ersatzansprüchen

Lukas Moormann

Wirtschaftsuniversität Wien

Herbstakademie 2025

Überblick

1. Das nationale Verjährungsregime
2. Unionsrechtliche Grenzen nationaler Verjährungsregime
3. Bedeutung für DSGVO-Schadensersatzansprüche

DAS NATIONALE VERJÄHRUNGSREGIME

Grundsatz der Verfahrensautonomie

- ▶ Grundsatz der Verfahrensautonomie
- ▶ Verjährung als Interessenausgleich („*faire Chance*“)
- ▶ Verjährungsmodell für Schadensersatzansprüche:

Subjektive Frist

§195 BGB iVm §199 Abs. 1 BGB

- dreijährige Silvesterfrist ab
 - (1) Entstehung des Anspruchs +
 - (2) Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der „den Anspruch begründenden Umstände“ (Tatsachenkenntnis)

Objektive Frist

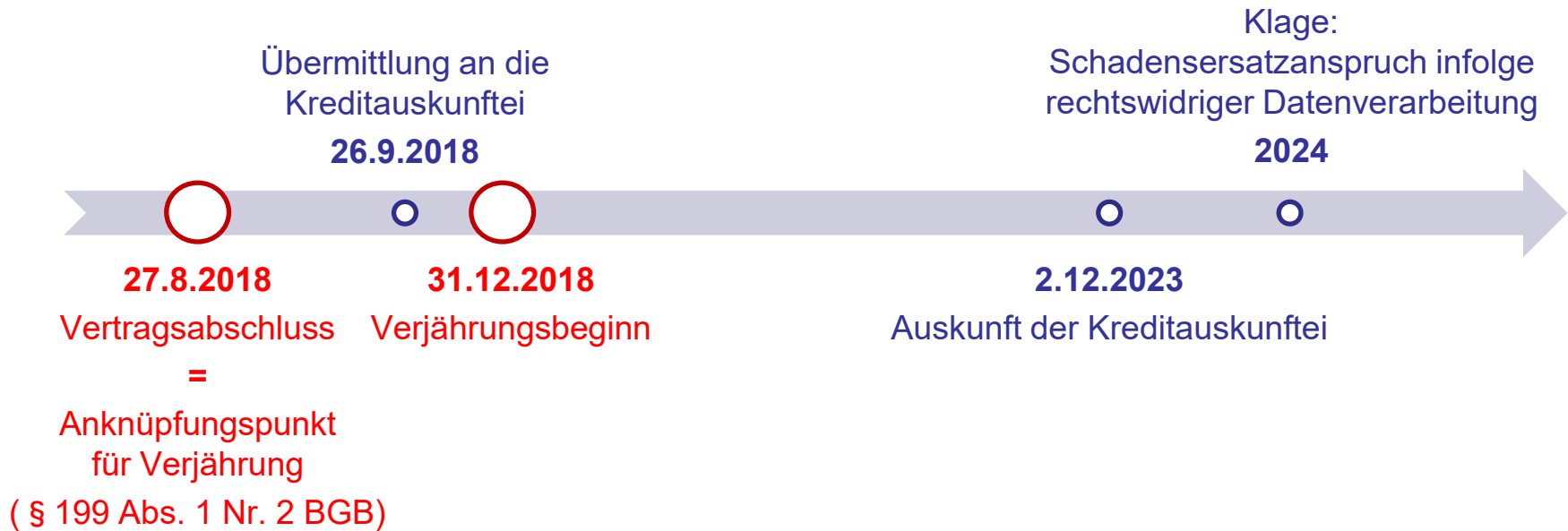
§199 Abs. 3 BGB

- Zehn Jahre ab Entstehung des Anspruchs
- 30 Jahre ab schädigender Handlung

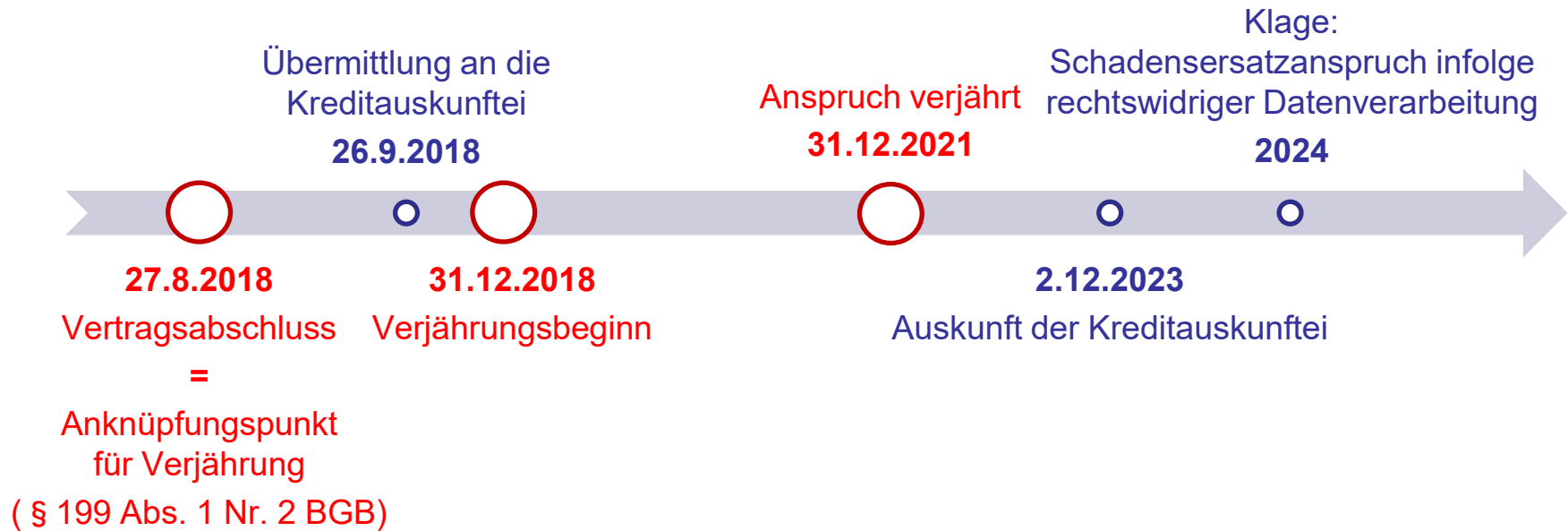
Ausgangspunkt – LG Traunstein 3 O 1037/24 (Übermittlung von Positivdaten)



Ausgangspunkt – LG Traunstein 3 O 1037/24 (Übermittlung von Positivdaten)



Ausgangspunkt – LG Traunstein 3 O 1037/24 (Übermittlung von Positivdaten)



Zurück zum Anfang...



§195 BGB iVm §199 Abs. 1 BGB

- dreijährige Silvesterfrist ab
 - (1) Entstehung des Anspruchs +
 - (2) Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der „den Anspruch begründenden Umstände“ (Tatsachenkenntnis)

Entstehung des Anspruchs?

UNIONSRECHTLICHE GRENZEN NATIONALER VERJÄHRUNGSREGIME

Grenzen der Verfahrensautonomie

Äquivalenzgrundsatz

- „bei der Anwendung sämtlicher für Rechtsbehelfe geltenden Vorschriften [darf] nicht danach unterschieden wird, ob ein Verstoß gegen Unionsrecht oder gegen internes Recht gerügt wird“

EuGH C-118/08

Effektivitätsgrundsatz

- Verfahrensmodalitäten dürfen „die Ausübung der durch die Unionsrechtsordnung verliehenen Rechte nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren“

EuGH C-605/21

Verjährung von Kartellschadensersatzansprüchen (I)

EuGH C-605/21 (*Heureka*)

- ▶ CZE Verjährungsfrist: 3 Jahre, ab Kenntnis von Schaden und Schädiger
- ▶ Konflikt mit Art. 101, 102 AEUV und dem Effektivitätsgrundsatz:
 - a) Fristenlauf erst ab Kenntnis der „*unerlässlichen Informationen*“ oder bevor die Kenntnisnahme „*vernünftigerweise erwartet werden kann*“ (inkl. rechtl. Beurteilung!)
 - b) Fristenlauf nicht vor „*Beendigung der Zuwiderhandlung*“
 - c) Hemmung während Untersuchung durch Kommission grundsätzlich erforderlich

Verjährung von Kartellschadensersatzansprüchen (II)

Wann ist die *Kenntnisnahme vernünftigerweise erwartbar*?

- ▶ Grundsätzlich Beurteilung durch das nationale Gericht
- ▶ „*Richtschnur*“ des EuGH (*Heureka*):
 - ▶ „*In der Regel*“ erst ab Veröffentlichung der Zusammenfassung der Kommissionsentscheidung im Amtsblatt erwartbar
 - Bindungswirkung gem Art 16 VO 1/2003 für nat. Gerichte
 - Geschädigter kann daher Klage darauf stützen
 - ▶ Davor: **Beklagter muss Nachweise erbringen** (Welche?)
- ▶ Aktuell EuGH C-21/24 (*Nissan Iberia*) bzgl. *follow-on damages*:
 - ▶ nicht rechtskräftige Entscheidung nat. Behörde nicht ausreichend für erwartbare Kenntnis → *keine Bindungswirkung*
 - ▶ Erwartbar bei rechtskräftiger Entscheidung
 - arg. Bindungswirkung + angemessene Publikation erforderlich

Verjährung von Rückforderungsansprüchen im Klauselrecht

- ▶ Verjährungsfrist muss „*faktisch ausreichend sein*“ um Geltendmachung der Rechte der Klausel-RL zu ermöglichen (*Caixabank/WE* Rn. 48):
 - ▶ **Dauer** grundsätzlich nicht Hauptproblem (*CY/Caixabank* Rn. 87)
 - ▶ **Fristbeginn** entscheidend
 - ▶ Verbraucher muss Möglichkeit haben, „*von Rechten Kenntnis zu nehmen, bevor Frist zu laufen beginnt oder abgelaufen ist*“
→ objektive Frist problematisch
 - ▶ Kein Beginn vor *Kenntnis* oder *vernünftigerweise* erwartbarer Kenntnis der Missbräuchlichkeit (*F.C.C./Caixabank* Rn. 35)
→ **Rechtskenntnis** erforderlich
→ Klauselverwender muss i.d.R. Nachweis erbringen

BEDEUTUNG FÜR DSGVO- SCHADENSERSATZANSPRÜCHE

Übertragbarkeit der Grundsätze?

Begründungsmuster EuGH

Effektivität

**+ Argumente
Klauselrecht**

**+ Argumente
Kartellrecht**

Übertragbarkeit der Grundsätze?

Begründungsmuster EuGH

Effektivität

+ Argumente
Klauselrecht

+ Argumente
Kartellrecht

- ▶ **Fokus** auf Gläubigerinteressen (Interessenausgleich?)
- ▶ Betonung der **wirksamen Durchsetzung** von DSGVO-Schadensersatzansprüchen durch EuGH

Übertragbarkeit der Grundsätze?

Begründungsmuster EuGH



- ▶ Schwache **Verhandlungsposition** der Verbraucher
- ▶ Verbrauchern sind **Rechte** der Klausel-RL **nicht ausreichend bekannt**

→ vgl. **Ausgangsfall**: Vertrauen auf Datenschutzhinweise

Übertragbarkeit der Grundsätze?

Begründungsmuster EuGH



- ▶ Informationsasymmetrie
- ▶ Kartellverstoß „*im Verborgenen*“ (*Grisse*)

→ vgl. etwa Situation bei **Data-Breach**

Folgen für DSGVO-Schadensersatzansprüche

Subjektive Frist

§195 BGB iVm §199 Abs. 1 BGB

- dreijährige Silvesterfrist ab
 - (1) Entstehung des Anspruchs +
 - (2) Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der „den Anspruch begründenden Umstände“ (Tatsachenkenntnis)

Objektive Frist

§199 Abs. 3 BGB

- Zehn Jahre ab Entstehung des Anspruchs
- 30 Jahre ab schädigender Handlung

Folgen für DSGVO-Schadensersatzansprüche

Subjektive Frist

§195 BGB iVm §199 Abs. 1 BGB

- dreijährige Silvesterfrist ab **+**
(1) Entstehung des Anspruchs +
(2) Kenntnis oder grob
fahrlässige Unkenntnis der
„den Anspruch
begründenden Umstände“
(Tatsachenkenntnis) **-**

- ▶ **Dreijährige** Frist i.O.
- ▶ Kein Beginn vor Beendigung der Handlung (*Heureka*)
 - keine Aufspaltung in **Teilschäden**
 - Unionsrechtskonforme Auslegung der „**Entstehung**“
- ▶ *Tatsachenkenntnis* nicht ausreichend
 - unionsrechtskonforme Auslegung möglich?
- ▶ **Zeitpunkt** der Kenntnis?
 - *Nissan Iberia* m.M. nicht übertragbar

Folgen für DSGVO-Schadensersatzansprüche

- ▶ Zulässigkeit der 10-Jahresfrist im Kartellrecht str.
- ▶ 30-Jahresfrist wohl (?) in Ordnung

Objektive Frist

§199 Abs. 3 BGB

- Zehn Jahre ab Entstehung des Anspruchs
- 30 Jahre ab schädigender Handlung

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!